

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

9/XXIV/241

Bonn, den 17. Dezember 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1a	<u>Neue Impulse für die europäische Einigungspolitik</u> Die Tagung des Monnet-Komitees in Bonn Von Egon C. Heinrich	80
4	<u>Hessen bleibt vorn</u> Von Albert Osswald, Ministerpräsident von Hessen	126
5	<u>"Praktiken der Drei-Staaten-Theorie"</u> Vorwürfe an die falsche Adresse	32
6	<u>Bereitschaftspolizei vor Spaniens Universitäten</u> Unruhen auch von links und rechts befürchtet Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid	48

Neue Impulse für die europäische Einigungspolitik

Von Egon C. Heinrich

Die Europäer werden in den letzten Wochen dieses Jahres für viele Enttäuschungen und unerfüllte Hoffnungen der letzten Jahre reichlich entschädigt. Der erfolgreiche Ausgang des Haager EWG-Gipfeltreffens hat die europäische Szenerie fast über Nacht zum Positiven hin verändert. Die europäischen Völker - und vor allem die Jugend - können erstmals wieder hoffen, daß es mit der europäischen Einigung vorangeht; Europa hat endlich wieder grünes Licht bekommen. An die Stelle der Krisenmeldungen aus Brüssel treten jetzt mehr und mehr Erfolgsmeldungen. Vor übertriebenen Hoffnungen muß aber auch nach der Haager Konferenz gewarnt werden.

Jedenfalls lassen sich auf der wiederhergestellten Vertrauensbasis unter den Sechs weitaus rascher als früher Erfolge in den schwierigen Fragen der Wirtschaftsintegration finden. Sehr deutlich wurde dies bei den erfreulichen Beschlüssen zur Erhaltung und zum Ausbau der jahrelang schon totgesagten Europäischen Atomgemeinschaft.

Der aus der Haager Gipfelkonferenz resultierende optimistische Grundton in der Europapolitik wurde auf der zweitägigen Sitzung des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa in Bonn nachdrücklich bestätigt. Dem 1955 von dem französischen Politiker Jean Monnet, dem Schöpfer der Montan-Union und Freund Robert Schumans gegründeten Aktionsausschuß gehören alle demokratischen Parteien und Gewerkschaften der EWG-Länder und Großbritanniens an. Die im Monnet-Komitee vertretenen Parteien repräsentieren 60 Millionen Wähler und 12 Millionen Gewerkschaftsmitglieder, d.h. 67 Prozent aller Wähler und 70 Prozent aller gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer der EWG-Länder. Aber nicht nur daraus ergeben sich Bedeutung und Einfluß des Monnet-Komitees, sondern vor allem aus seinen konkreten, realisierbaren Vorschlägen an die europäischen Regierungen. Wie wohl keine andere nichtstaatliche Institution hat das Komitee in den letzten 15 Jahren zu seinem Ziel beigetragen, "durch konkrete Verwirklichungen zu den Vereinigten Staaten von Europa zu gelangen". Das Komitee spielte eine wichtige Rolle bei der Ausarbeitung der Römischen Verträge und ihrer Ratifizierung.

Mit seiner Bonner Sitzung, an der u.a. Bundeskanzler Willy Brandt, Herbert Wehner, Helmut Schmidt und der britische Außenminister Michael Stewart teilnahmen, hat das Monnet-Komitee der europäischen Einigungspolitik neue Impulse gegeben. Auch diesmal verzichtete man bewusst auf phrasenhafte Deklamationen, um das Schwergewicht auf konkrete Lösungsvorschläge für die Erweiterung und Vervollendung der Europäischen Gemeinschaften zu legen. So sah das Komitee seine Hauptaufgabe darin, einen Beitrag zur Realisierung des in Den Haag vereinbarten Programms für Europa zu leisten. In diesem Zusammenhang werden häufigere Treffen der Staats- und Regierungschefs angeregt, die dann offiziell den Charakter einer Ratstagung der EWG annehmen könnten. In der gleichen Perspektive werden die Stärkung der europäischen Institutionen und der Beginn einer politischen Organisation Europas als unerlässlich bezeichnet. - Zu drei Hauptfragen hat sich das Komitee in Bonn in Form von Entschlüssen geäußert:

a) Der Weiterentwicklung des Gemeinsamen Marktes in eine Wirtschafts- und Währungsunion. Im Zusammenhang mit dem von der Haager Konferenz ange-

kündigten Stufenplan für eine Wirtschafts- und Währungsunion legte das Monnet-Komitee besonderen Nachdruck auf die Schaffung eines europäischen Reservefonds und einer europäischen Währungszone. Diese Ideen waren bereits in den Expertenberichten enthalten, die auf der Juli-Tagung des Monnet-Komitees von dem italienischen Notenbankpräsidenten C a r l i und dem angelsächsischen Prof. T r i f f i n unterbreitet worden waren. Dieser europäische Reservefonds würde es gestatten, einen Teil der Währungsreserven der Mitgliedstaaten, einschließlich der Sonderziehungsrechte, gemeinsam zu verwalten.

Besonderen Nachdruck legt das Komitee in seiner Bonner Entscheidung auf eine Reform und Intensivierung des europäischen Sozialfonds. Dieser Fonds, der bisher in der EWG ein Schattendasein führte, soll über seine jetzigen Zuständigkeiten hinaus zu einem aktiven Instrument der europäischen Sozial- und Beschäftigungspolitik ausgebaut werden. Das Komitee sieht in ihm das Mittel zur Erleichterung einer geographischen und beruflichen Mobilität der Arbeitskräfte. Die Durchführung einer Vollbeschäftigungspolitik müsse, so heißt es in der Entscheidung, durch ein ständig abgestimmtes Vorgehen zwischen den europäischen Institutionen und den Sozialpartnern sichergestellt werden. Insbesondere die Gewerkschaftsvertreter im Monnet-Komitee haben sich für die stärkere Betonung der Sozialpolitik in der EWG eingesetzt, zum Teil gegen den Widerstand der christlich-demokratischen Vertreter.

b) Verhandlungen EWG-Großbritannien. Das Monnet-Komitee begrüßt die für das Jahr 1970 vorgesehene Aufnahme der Beitrittsverhandlungen. Man ist der Auffassung, daß sich die Beitrittsverhandlungen EWG-England zunächst auf das Wesentliche beschränken sollen und daß alle anderen Fragen n a c h dem vollzogenen Beitritt Großbritanniens und der anderen Beitrittsanwärter leichter geregelt werden können. Dadurch würden jahrelange Verhandlungen vermieden, die notwendigerweise ein retardierendes Element für die Integrationspolitik wären. Der britische Außenminister Stewart äußerte sich zum Abschluß der Bonner Tagung des Monnet-Komitees sehr zufrieden mit dem Ergebnis. Er konnte dies schon deshalb, weil das Komitee die Anwendung der heute gültigen EWG-Finanzierungsregelung auf Großbritannien als offensichtlich ungerecht und nicht durchführbar bezeichnet hat. Mit dieser Aussage wird den britischen Beitrittsgegnern ein wichtiges Argument genommen.

c) Beginn einer europäischen politischen Organisation. Das Komitee legt besonderen Wert auf die Vorschläge, die die EWG-Außenminister im Auftrag der Haager Konferenz über die politische Einigung unter der Perspektive der Erweiterung ausarbeiten sollen. Auf seiner nächsten Tagung will das Monnet-Komitee seinerseits konkrete Vorschläge für eine engere Zusammenarbeit der europäischen Staaten in der gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik vorlegen. In diesem Zusammenhang fordert das Monnet-Komitee erneut das Haushaltsrecht für das Europäische Parlament und dessen allgemeine und direkte Wahl. - Daß die jüngste Sitzung des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa gerade in Bonn stattfand, ist nicht zuletzt ein Zeichen dafür, welche Hoffnungen die Europäer auf die künftige deutsche Europapolitik setzen. Es ist aber auch eine besondere Auszeichnung für Bundeskanzler Willy Brandt und seine Regierung.

+ + +

Hessen bleibt vorn

Von Albert Osswald,
Ministerpräsident von Hessen

Die hessische Landesregierung, die im Oktober dieses Jahres gebildet wurde, hat in der Regierungserklärung vor dem Landtag deutlich gemacht, daß sie aufbauend auf der bewährten bisherigen Politik die Arbeit fortsetzen wird. Hessen bleibt ein Land mit kultureller Vielfalt, bildungspolitischem Fortschritt, wirtschaftlicher Entwicklung und sozialem Ausbau.

In den letzten Jahren hat sich gezeigt, daß die SPD ihren politischen Vorsprung noch weiter ausbauen konnte. Bei der Wahl zum Bundestag erhielt sie in unserem Land die bisher höchste Stimmenzahl. Nicht zuletzt drückt dieses Ergebnis auch ein Vertrauen gegenüber der sozialdemokratischen Regierung in Hessen aus.

Die Hessische Landesregierung ist sich ihrer Verantwortung bewußt. Es ist ihr Ziel, die Bürger durch eine gesellschaftsnahe Politik in den Stand zu setzen, die Zukunft zu gewinnen und den auf vielen Gebieten sichtbaren Vorsprung des Landes zu sichern. Im Mittelpunkt unserer Politik wird das Bemühen um das Wohl, die Freiheit und die Integrität jedes einzelnen Bürgers unseres Landes stehen.

Vier große Aufgabengebiete, die miteinander eng verbunden sind, müssen dabei vorrangige Bedeutung haben:

1. Eine Bildungspolitik, die das gesamte Leben eines Bürgers begleitet, ihn stetig auf die neuen Entwicklungen in der Berufs- und Arbeitswelt vorbereitet und ihn gerade auch politisch zu einem mündigen Bürger macht.
2. Eine Strukturpolitik zur Arbeitsplatzsicherung, welche die Bereiche der Agrar-, Wirtschafts- und Verkehrspolitik umfaßt und die insgesamt die Voraussetzungen wirtschaftlicher Art für die Landespolitik schafft.
3. Eine Sozial- und Gesundheitspolitik, die sich als Gesellschaftspolitik versteht und die äußeren Bedingungen für ein gut durchdachtes Wirtschafts- und Gemeinschaftsleben bereitet.
4. Eine stärkere Teilnahme des Bürgers an der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung des Landes.

Zu Recht steht gerade die Bildungspolitik an erster Stelle des politischen Katalogs der Landesregierung. Wissen und Bildung er-

möglichen dem Menschen nicht nur, seinen Standort in Beruf und Gesellschaft zu finden, sondern sie versetzen ihn auch in die Lage, einen eigenen bewußten Beitrag zur Stabilisierung der Demokratie zu leisten und das Bürgerrecht auf Bildung zu realisieren.

Auf dem Bildungssektor ergibt sich verstärkt die Notwendigkeit vorausschauenden Planens. Bereits Mitte nächsten Jahres wird die Landesregierung einen Schulentwicklungsplan vorlegen, der bis zum Jahre 1980 reichen wird. Zwanzig Gesamtschulen werden im nächsten Jahr ihre Arbeit aufgenommen haben, für die Jahre 1971 und 1972 sind 50 weitere Schulen in Vorbereitung. Die sich hier abzeichnende Entwicklung wird in ihrer Dynamik die damals von den Konservativen noch härter bekämpfte Landschulreform übertreffen. Parallel dazu wird der Ausbau der Förderstufen verstärkt.

Eine moderne Universitäts-, Fach- und Gesamthochschulgesetzgebung soll aufzeigen, welche optimalen Größenordnungen für unsere einzelnen Hochschulen anzustreben sind und inwieweit durch die Errichtung neuer Hochschulen bzw. Teilhochschulen wichtige Beiträge zur Verbesserung der Struktur einzelner Landesteile geleistet werden können. Bei diesen Überlegungen nimmt der nordhessische Raum eine prominente Stelle ein.

Diese Pläne leiten zu dem zweiten politischen Problemkreis, der Strukturpolitik über. Im Interesse des weiteren technischen und wirtschaftlichen Fortschritts müssen die einzelnen Bereiche wie Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft, Energie oder Fremdenverkehr koordiniert werden, damit sich jede einzelne Maßnahme optimal auswirkt. Isolierte Investitionen haben nur einen kurzfristigen Erfolg.

Verbesserung der Agrarstruktur

Kernstück der hessischen Agrarpolitik wird in Zukunft die Verbesserung der Agrarstruktur sein. Hierfür sind jedoch zwingend wirksame gesamtwirtschaftliche Strukturmaßnahmen notwendig, weil nur auf diese Weise der Gefahr eines Absinkens der Wirtschaftskraft als Folge einer Abwanderung der freiwerdenden Landarbeitskräfte in die Ballungsräume zu begegnen ist.

Bei diesen Überlegungen nimmt der nordhessische Raum eine herausragende Stelle ein. Die ständige Verbesserung der Wirtschafts- und Erwerbsstruktur durch die Veränderungen in der Landwirtschaft und eine

Mit ihr einhergehende breite Streuung von Gewerbe- und Industriebetrieben entweder durch Betriebserweiterungen oder durch Neuansiedlungen über das ganze Land verteilt, gewährleistet die Sicherheit eines modernen Arbeitsplatzes im unmittelbaren Lebensbereich. Die Landesregierung wird in einem umfassenden Landesentwicklungsplan Absichten und Ziele ihrer Maßnahmen bis zum Jahre 1985 im Laufe dieses Sommers darstellen, die alsdann in den späteren Phasen, in regionale Teilräume aufgegliedert, die Einzelentwicklungen darlegen.

Neben der direkten Hilfe über Investitionen oder Zinsverbilligungen wird die Versorgung durch billige Energie zur Ansiedlung neuer Betriebe und zum weiteren Wachstum unserer hessischen Wirtschaft beitragen. Auch der Fremdenverkehr wird in die strukturpolitischen Erwägungen miteinbezogen, wobei die Familienarholung schwerpunktmäßig gefördert wird.

Hand in Hand mit dieser aktiven Struktur- und Wirtschaftspolitik wird die weitere Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in unserem Land durchgeführt. Erfreulicherweise stehen für den Ausbau der Bundesstraßen und Autobahnen auch in den nächsten Jahren in steigendem Umfang Bundesmittel zur Verfügung. Diese Aufwendungen sind also gerechtfertigter, als das Land Hessen schon heute die größte Pkw-Dichte unter den Bundesländern besitzt.

Ausbau der Sozialpolitik

Der dritte Komplex schließlich umfaßt die Sozialpolitik, welche die hessische Landesregierung im weitesten Sinn als Gesellschaftspolitik versteht. Für den Bürger sollen aber die Einrichtungen zur Verfügung stehen, die seinen Bedürfnissen und Anforderungen in gesellschaftlicher und kultureller Hinsicht entsprechen. Hierzu gehören Dorfgemeinschaftshäuser, Kultur- und Mehrzweckhallen, Sportplätze, Turnhallen und Jugendeinrichtungen, Kindergärten und Altenheime, preiswerte Wohnungen und gut ausgestattete Krankenhäuser. In allen diesen Bereichen hat das Land Hessen bisher Vorbildliches geleistet und die weiteren Programme werden diese Tradition fortsetzen.

Im nächsten Jahrzehnt wird eine neue wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe hinzukommen: Der Mensch der siebziger Jahre wird mehr Freizeit haben. Wir müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, daß diese Freizeit auch in einer angemessenen und sinnvollen Weise genutzt werden kann. Die Freiheit der Wahl indessen, wie der einzelne seine Freizeit verbringt, besteht erst dann, wenn dem einzelnen Bürger ein ausreichendes Angebot zur Gestaltung der Freizeit zur Auswahl steht. Die Voraussetzungen für ein solches breit gefächertes Angebot wird die hessische Landesregierung schaffen.

Ständiger Dialog zwischen Bürger und Regierung

Die drei hier skizzierten Bereiche politischen Handelns, die der sozialdemokratischen Regierung in Hessen vordringlich erscheinen, benötigen auch der Mithilfe der Bevölkerung im Sinne eines ständigen Dialogs zwischen dem Bürger und der Regierung. Dabei geht es einmal um die Information der Bürger über politische Alternativen und Entscheidungsprozesse in dieser Gesellschaft, zum anderen aber auch um eine direkte, unmittelbare Information der Regierung über die besonderen Probleme der Bürger. Diese gegenseitige Information bietet die Voraussetzung für eine demokratische Willensbildung und die Teilnahme eines mündigen Bürgers an den gesellschaftlichen und politischen Entscheidungen. Hier besteht ein Nachholbedarf.

Die hessische Landesregierung wird deshalb in Abständen von vier bis sechs Wochen an verschiedenen Orten des Landes im unmittelbaren Dialog mit dem Bürger seine Probleme diskutieren und erörtern. Sie wird außerdem durch vielfältige Kontaktaufnahmen und Kreisbesuche das Interesse des Bürgers für seine Verwaltung wecken. Der Ministerpräsident wird an bestimmten Tagen eine allgemeine öffentliche Sprechstunde für die Bürger durchführen.

17. Dezember 1969

"Praktiken der Drei-Staaten-Theorie"

Vorwürfe an die falsche Adresse

sp - Vor einiger Zeit hat sich der CDU-Abgeordnete Klemens Riedel im Pressedienst seiner Partei und auch anderen Stellen darüber gehalten, daß Berliner Bundestagsabgeordneten, die eine Reise nach Polen unternehmen wollten, der Paß mit dem Bemerkten zurückgegeben worden sei, sie müßten, wie alle Berliner Bürger, ihren Personalausweis vorlegen. An diese Feststellung knüpfte Herr Riedel die Frage, ob der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Schütz, unter den gleichen Bedingungen nach Polen gefahren sei. Mit scheinbar messerscharfer Logik gibt Herr Riedel seiner Befürchtung Ausdruck, daß unter den Augen des Bundeskanzlers bestimmte Bedingungen der anderen Seite akzeptiert werden und meint mit kaum verhohlener Erregung, dies sei ein riskanter Weg, auf dem es kein Zurück mehr gebe.

- * Der Abgeordnete Riedel weiß offenbar nicht, wie recht er mit seinem letzten Satz hat. Ihm ist entgangen, daß seit mehr als zehn Jahren Bundespässe für Berliner von den Behörden osteuropäischer Staaten nicht mehr anerkannt werden.
- * Er hat offenbar auch vergessen, daß dies ein damals von der Regierung Adenauer hingenommenes Verhandlungsergebnis in Moskau gewesen ist.
- * Keine der von der CDU/CSU geführten Bundesregierungen hat sich seither imstande gesehen, das damalige Versäumnis, unter dem die Berliner Bürger bis heute leiden, wieder-gutzumachen. Wiederholt ist von seiten der Kommunisten darauf hingewiesen worden, die damaligen Bundesregierungen hätten damit zugegeben, daß Berlin nicht Teil der Bundesrepublik sei. Die CDU/CSU hat sich zu solchen Vorwürfen stets ausgeschwiegen.

Hier sollen nachträglich keine Vorwürfe erhoben werden, denn vielleicht war es damals nicht möglich, sich anders zu verhalten. Aber jedenfalls dürfen heute keine Vorwürfe gegen die kaum revidierbaren Auswirkungen einer falschen Entscheidung in der Vergangenheit erhoben werden.

+ + +

Bereitschaftspolizei vor Spaniens Universitäten

Unruhen auch von links und rechts befürchtet

HD-1 - Wenn im Januar die spanischen Universitäten ihren Lehrbetrieb wieder aufnehmen, werden sie unverändert den Anblick belagerter Festungen bieten. Spaniens 150.000 Studenten werden von einem Teil der 25.000 Mann starken Polizeitruppe der "Grauen" in Schach gehalten. Im weiträumigen Universitätsgelände von Madrid ist die grauuniformierte Bereitschaftspolizei ein ständiger, von den Studenten ungebeter Gast. Einige Hundertschaften Polizei mit Stahlhelmen, Schäferhunden und Wasserwerfern stehen an den möglichen Brennpunkten von Unruhen, vor den Fakultätsgebäuden; sie kontrollieren jeden Besucher, der das Innere eines Gebäudes betreten will.

Unter der Oberfläche äußerlicher Ruhe schwelt der Aufruhr. Seitdem ein Teil der 40.000 Madrider Studenten an anderen Örtlichkeiten untergebracht wird und der Lehrbetrieb sich dezentralisiert, hat sich die hochexplosive Lage oberflächlich entspannt. Massenkundgebungen der weit auseinandergezogenen Studenten sind unmöglich geworden. Dennoch kommt es immer wieder zu Vorlesungsstreiks, die sich gegen die Anwesenheit der Bereitschaftspolizei richten oder gegen Disziplinarmaßnahmen, die über einzelne Kommilitonen verhängt wurden und oft die Relegierung bedeuten. Auch gegen die vielen Gerichtsurteile protestieren die Studenten: Im Jahr 1969 sind zahlreiche ihrer Studienkollegen in der Maschinerie der politischen Strafjustiz hängen geblieben. Eine Generalamnestie - so monarchistische Abgeordnete in Briefen an die Regierung - würde zur Beruhigung der erhitzten Gemüter führen. Der neue Innenminister Tomás Fraguero-Goni, will zwar "hart durchgreifen", jedoch wurden einige gegen Studenten verhängte Sanktionen von den Ministern für Erziehung und Information kurzerhand aufgehoben; die studentischen Klagen über "mangelnde Berücksichtigung im neuen Erziehungs-Gesetz" hatte der Erziehungsminister anerkannt.

Heute führen Spaniens obrigkeitsstaatlich orientierte Hochschul-Lehrer im Verein mit der Polizei "Präventivkrieg" zur Verteidigung ihrer Positionen. Der Rektor der Madrider Universität, Prof. Botella-Llusia, hält die Studenten "nicht für reif, mitzubestimmen - sie müssen erst einge-erzogen werden". Seine Einstellung erscheint verständlich: Die entscheidenden Jahre seiner akademischen Laufbahn wurden in Dollfuß/Österreich und im Deutschland des Dritten Reiches geprägt. Doch nicht alle Professoren denken so, viele von ihnen stimmen studentischen Forderungen nach Modernisierung des Lehrbetriebs und der Prüfungsordnungen zu.

Ein weiterer Grund für die Anwesenheit der Bereitschaftspolizei vor der "Alma mater": Die entmachteten Falangisten, die auch im studentischen Jungvolk ihre Anhänger besitzen, stellen die "Linke" mit Angriffen auf Regierung und Monarchie in den Schatten. Sind die "Linken" bereit, dem neuen Kabinett nach britischem Brauch eine "Bewährungsfrist von 100 Tagen" zuzugestehen, so regen sich falangistische Plakatkleber und Flugblattverteiler an allen Ecken. Sie haben sich vorgenommen, die Universität von ihrer "Linkslastigkeit" abzubringen und in ihr eigenes Fahrwasser zu lenken. Kurioserweise muß die Bereitschaftspolizei, die einst die Links-Akademiker verprügelte, jetzt eher auf den Rücken der Falangisten den Gummiknüppel tanzen lassen.